

Berliner IPA-Forum 1998 - ein Anfang

von Jürgen Klös

Gedanken um den Fortbestand der IPA, die Erhaltung ihrer Ziele und die Bewahrung ihrer Ideale gab es in den nun fast fünfzig Jahren ihres Bestehens immer wieder. Da gab es die Skeptiker, die stets den exklusiven Kameradschaftsclub in engsten Kreis bewahren wollten und die Enthusiasten, die schon frühzeitig einen grenzenlosen Siegeszug der IPA-Idee voraussagten.

Die IPA selbst hat mit ihrer Entwicklung die meisten Prognosen überholt und präsentiert sich heute in 60 Staaten auf allen fünf Kontinenten. Sie ist ihren Idealen treu geblieben, auch wenn im Laufe der Zeit manch neuer Gedanke hinzukam, von dem Arthur Troop 1950 nicht einmal zu träumen wagte. Sein Ideal war damals der berufliche Erfahrungsaustausch durch internationale Brieffreundschaften - heute haben wir das IBZ Schloß Gimborn, mit einem Seminarplan, der Polizisten aus aller Welt die Möglichkeit zum direkten Erfahrungsaustausch bietet. Die Initiatoren von Gimborn wurden beföhdet, als Spinner verschrien und zunächst - auch von der Deutschen Sektion - allein gelassen. Zum Glück gaben sie nicht auf und heute präsentieren wir überall unser IBZ als Aushängeschild der IPA. Selbst die Gründersektion, lange Zeit skeptisch gegenüber einer Institution, die die „politische“ Weiterbildung der Polizisten zum Ziel hatte, trägt heute ganz selbstverständlich das IBZ mit. Man muß hier allerdings gerecht sein und einräumen, daß „politische“ Bildung und Polizei für britische Verhältnisse wie Feuer und Wasser scheinen. Mit dem Begriff der „staatsbürgerlichen“ Bildung war es schon einfacher - aber das IBZ Gimborn war lange Zeit auf die Zuschüsse der Bundeszentrale (und der Landeszentrale NW) für politische Bildung angewiesen und man befürchtete jenseits des Kanals einen einseitigen Politikeinfluß.

In ihren Internationalen Statuten hatte die IPA 1955 festgeschrieben:

„Die Vereinigung soll sich nicht an Tätigkeiten beteiligen, die als Einmischung in die allgemeinen Aufgaben und Tätigkeiten von bereits bestehenden Polizeiberufsorganisationen angesehen werden können.

Diskussionen über politische, religiöse oder rassische Probleme sind in allen Versammlungen der Vereinigung verboten und dürfen in keiner ihrer Veröffentlichungen erscheinen.“

Ein respektabler Maulkorb, den man sich damals selbst verpaßt hatte und der erst nach fast vierzig Jahren bei der Statutenrevision durch den 12. IPA-Weltkongreß 1988 in Rotterdam abgelegt werden konnte.

Es soll bei diesen beiden, allerdings recht gravierenden Beispielen bleiben, obwohl sich die Reihe von Beweisen dafür, daß die IPA im Laufe der Jahre immer wieder Wandlungen und Neuentwicklungen unterworfen war, beliebig ergänzen läßt.

Die IPA im Wandel ist weder eine Erfindung unserer Tage noch stehen wir vor einem Phänomen, dem wir mit Skepsis begegnen müssen. Es hat diesen Wandel immer gegeben, mal stärker, mal schwächer, ausgelöst und vorangetrieben von in- und externen Einflüssen. Wandel ist die natürliche Entwicklung und nicht zuletzt das deutlichste Zeichen dafür, daß die IPA lebt.

Es ist die Aufgabe aller, die in der IPA Verantwortung tragen, den Prozeß ständiger Wandlung zu beobachten, zu analysieren und nach bestem Wissen und Gewissen in die richtigen Bahnen zu lenken, vor allem aber selbst voranzutreiben. Klar, daß hierbei der Internationalen Vorstand (PEB), der IPA-Weltkongreß und die Vorstände der nationalen Sektionen (bei uns der Bundesvorstand) besondere Verantwortung tragen, gefordert aber sind wir alle.

Die IPA krankte lange am Image des Reise- und Geselligkeitsvereins. Man muß sich darüber klar sein, daß eine sicher notwendige intensivere Öffentlichkeitsarbeit zunächst einmal vorzeigbare Fakten erfordert und hierfür reichen unser Flaggschiff Gimborn und die respektable weltweite Mitgliederzahl ebensowenig aus wie ein kaum genutzter Beraterstatus bei supranationalen Organisationen. Wir müssen uns als IPA bei Problemen, die uns angehen und als Polizisten interessieren, zu Wort melden und nicht warten, bis wir vielleicht einmal gefragt werden.

Um ein solch offensiveres Vorgehen bei der Öffentlichkeitsarbeit ist die Landesgruppe Berlin mit ihrem Berliner IPA-Forum bemüht. Wir wollen Probleme, die uns bewegen, diskutieren und von allen Seiten beleuchten. In einer von den Medien geprägten Gesellschaft, in der wir vom Bildschirm her täglich mit Talkshows überschüttet werden, geht es uns nicht darum, eine neue Bühne für Prominente oder solche, die sich dafür halten, zu errichten. Es geht darum, solche

Themen auf die Tagesordnung zu bringen, die für uns als Polizisten, als Bürger dieser Stadt, der Bundesrepublik und nicht zuletzt als IPA-Mitglieder interessant sind.

Das können Verkehrs- und Sicherheitsfragen, die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsunternehmen, die Darstellung der Polizei in der Öffentlichkeit und durch die Unterhaltungsbranche (kein Fernsehkrimi ohne korrupten Polizisten oder debilen Polizeichef), aber sicher auch mal IPA-Probleme sein. Alle Themen müssen schon im Vorfeld aufgearbeitet und von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet werden, so daß die eigentliche Diskussionsrunde nicht zur Marathonveranstaltung wird, weil zunächst einmal Grundpositionen abzustecken sind..

Die Vorbereitung durch schriftliche Beiträge ist ein Schritt, die Nachbearbeitung durch eine Zusammenfassung der Diskussion ein weiterer. Während die Diskussionsgrundlagen, wie durch das vorliegende Heft, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, wird das Ergebnis zunächst seinen Niederschlag in den IPA-Publikationen, regional oder (und) national finden, muß aber in geeigneter Form auch den Medien zur Kenntnis gebracht werden.

Öffentlichkeitsarbeit ist ein höchst empfindliches Pflänzchen, wenn es nicht ständig gehegt und gepflegt wird. Wer nicht genügend Geld hat, um durch Reklame von sich reden zu machen, muß entweder mit Sensationen aufwarten können oder beharrlich bleiben. Wer, wie wir, keine Sensationen zu bieten hat, dem bleibt nur letzterer Weg in die Presse.

Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, daß die Reporter beim ersten IPA-Forum Schlange stehen, um einen Presseplatz zu ergattern. Wenn sie bei der dritten oder vierten Veranstaltung dieser Reihe in einiger Zeit nicht mehr fragen, was das für ein Forum sei, haben wir schon viel erreicht. Noch mehr haben wir erreicht, wenn auch unsere Mitglieder das IPA-Forum annehmen und neue Themenvorschläge unterbreiten, Diskussionsteilnehmer vorschlagen oder selbst mitmachen.

Der IPA-Landesgruppenvorstand hat sich aus der Reihe vorgeschlagener Namen für „Berliner IPA-Forum“ entschieden, ohne daß deshalb festgeschrieben wird, daß man sich immer nur mit speziellen Problemen der Hauptstadt beschäftigen wird. Es ist durchaus denkbar, daß sich Bundesvorstand oder IBZ Gimborn später einmal dieser Plattform bedienen, um Probleme in der Hauptstadt zu diskutieren. Das erste Thema, die Umstellungs- und Integrationsprobleme bei der „Polizeivereinigung“ in der Nachwendezeit, ist ja ein deutliches Zeichen dafür, daß wir nicht nur im Schatten des eigenen Kirchturms bleiben wollen. Selbst wenn diese Probleme in unserer Stadt vielleicht am deutlichsten sichtbar wurden - es gab sie überall, auch beim BKA in Wiesbaden und Bonn und auch an der PFA in Hiltrup. Hiermit sind weniger die dienstlichen Probleme gemeint, es geht um die menschliche Seite, die bei allen Regelungen oft ins Hintertreffen gerät und leider auch dort bleibt. Ziel des ersten IPA-Forums kann es nicht sein, ein Scherbengericht über vor Jahren getroffene Maßnahmen und Regelungen zu veranstalten, sondern es soll gerade die menschlichen Probleme bei den Betroffenen deutlich machen.

Das erste Forum war für den Herbst 1998 geplant, doch dann schien uns für den Auftakt die Jubiläumsveranstaltung zum 150jährigen Bestehen der Berliner Schutzmannschaft der geeignete Anlaß.

Dieser Beitrag ist überschrieben: „Berliner IPA-Forum 1998 - ein Anfang“ und damit soll nicht angedeutet werden, daß wir das Forum für den Startschuß zu einer epochalen Wandlung halten. Es ist ganz wörtlich zu nehmen: wir beginnen mit einer Veranstaltung, die in unregelmäßigen Abständen fortgesetzt wird und die IPA ins Gespräch bringen soll. Sehen wir sie als einen pragmatischen Beitrag unserer Landesgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit der IPA.

Vereinigung der Berliner Polizei

- die Menschen, der Weg, die Probleme -

von Hagen Saberschinsky, Polizeipräsident in Berlin

Ausgangssituation

Am 9. November 1989 öffnete sich zunächst die Berliner Mauer und dann die gesamte Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Die erhoffte, aber von kaum jemandem unserer Generation in überschaubarer Zeit erwartete Wiedervereinigung vollzog sich in dem unglaublichen Zeitraum von weniger als einem Jahr. Wir haben heute die Begeisterung der ersten Stunden nach der Grenzöffnung und die optimistischen Einschätzungen der zu erwartenden Entwicklung weit - vielleicht schon zu weit - hinter uns gelassen.

Vielen scheint auch noch heute nur bedingt bewußt geworden zu sein, was diese neue Einheit tatsächlich bedeutet und verlangt und welche neuen Verantwortlichkeiten gerade auf die Berliner Polizei zukamen.

Ich habe mein Amt als Polizeipräsident in Berlin im September 1992 angetreten. Meine Darstellung beruht daher nicht vollständig auf unmittelbar Selbsterlebtem. In meiner Verantwortung stand, den begonnenen Prozeß fortzusetzen, zu einem möglichst positiven Ergebnis zu bringen und für die Zukunft vorzusorgen.

Ablauf der Zusammenführung

Zum Ablauf der Zusammenführung ist zu betonen, daß gerade in Berlin dieser Prozeß keine abstrakte Erfahrung bedeutete, sondern daß es für die gesamte Bevölkerung im Ost- wie im Westteil ebenso unmittelbares Erleben und persönliches Betroffensein wie seinerzeit die Teilung und die direkte, permanente Konfrontation mit dem Kalten Krieg war.

Die Zusammenführung ist an der Vereinigung der Mitarbeiter und der Organisation in der Polizei besonders gut darstellbar.

Die Volkspolizei blieb auch nach den ersten freien Wahlen im März 1990 Angelegenheit des Innenministeriums der DDR und war weiter zentral organisiert. Es hatte zwar ein Wechsel im Amt des Polizeipräsidenten von Ostberlin stattgefunden, sonst gab es aber kaum eine Veränderung im Führungspersonal.

Erst im Mai/Juni 1990 entstanden gemeinsame Arbeitsgruppen zwischen den beiden Polizeien, die eigentlich die Zusammenführung planen sollten. Sehr schnell stellte sich heraus, daß sie nur geeignet waren, eine - auch notwendige - Bestandsaufnahme zu erarbeiten.

Den politischen Vorgaben folgend entwickelte die Polizei in Westberlin ergänzende Vorstellungen, die mit dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung verwirklicht wurden. Dieser Zeitpunkt war - polizeilich gesehen - der 1. Oktober 1990, 13.00 Uhr, zwei Tage vor dem offiziellen Termin, an dem der Westberliner Polizeipräsident mit alliierter Billigung und Akzeptanz der Regierung der DDR die Polizeihochheit auch für Ostberlin übernahm.

Alle Polizeiinspektionen und Reviere Ostberlins wurden an diesem Tag mit Führungskräften aus Westberlin besetzt. Diese Maßnahme sollte - von beiden Seiten gewollt - der Sicherung der Feiern zur Wiedervereinigung dienen.

Die Führungsfunktionen des Präsidiums der Volkspolizei wurden im Oktober 1990 außer Kraft gesetzt und das Westberliner Präsidium übernahm mit seinen Dienststellen die Führung in sämtlichen Bereichen. Die an den Ostteil angrenzenden drei Polizeidirektionen Westberlins wurden nach Osten erweitert. Sie übernahmen jeweils einen Anteil der Bezirksinspektionen und Reviere der Ostberliner Polizei.

In den folgenden Monaten wurde ein Modell entwickelt, das der Organisationsstruktur der Polizei Westberlins entsprach. Im ehemaligen Ostteil der Stadt sind zwei Direktionen mit 18 Abschnitten geschaffen worden.

Dieses organisatorisch homogene Bild überdeckte allerdings eine Fülle personeller und praktischer Probleme, die bis zum heutigen Tag noch nachwirken.

Personal

Es war klar, daß die Westberliner Polizisten nicht allein die zusätzlichen Aufgaben im Ostteil der Stadt miterledigen konnten. Nach einer aufgabenkritischen Prüfung wurde dafür ein Mehrbedarf von ca. 9.000 Stellen ermittelt.

Schon damit war es zwingend geboten, im Rahmen des Vertretbaren ehemalige Volkspolizisten zu integrieren, obwohl die Volkspolizisten bis dahin für den Dienst in unserem Rechtsstaat nicht ausgebildet waren. Die Polizei konnte den auf den ersten Anschein fast unlösbaren Schwierigkeiten nur mit einer Reihe von aufeinander bezogenen Maßnahmen begegnen:

An erster Stelle rangierte eine konsequente Vermischung. Am Tag der Vereinigung wurden etwa 2.500 Polizeibeamte aus Westberlin in die Inspektionen und Reviere des Ostteils der Stadt versetzt, um dort Dienst zu versehen. Ebenso viele Volkspolizisten nahmen gleichzeitig ihren Dienst in Westberliner Organisationseinheiten der Polizei auf.

Zunächst mußte jeder ehemalige Volkspolizist unter Anleitung eines dem Grundgesetz verpflichteten und entsprechend ausgebildeten Vorgesetzten und Kollegen arbeiten.

Was hier als reibungslose Aktion geschildert wurde, war in der Tat aber zunächst geeignet, bei den Volkspolizisten ein Gefühl zu erzeugen, okkupiert worden zu sein und verloren zu haben. Bei vielen offenbarte sich Verwirrung, Orientierungslosigkeit und tiefe Verletztheit.

Derartige resignative Empfindungen waren bisweilen schon Wochen vor dem Vereinigungstermin entstanden, als künftige Dienststellenleiter in wahren „Pioniergeist“ von West nach Ost Vorauskommandos entsandten, die mit Zollstock und Belegungsplänen in den Dienstbetrieb hineinplatzten und die Raumverteilung planten. Die Polizeiführung im Westteil sah sich schließlich genötigt, solche von wenig Einfühlungsvermögen zeugenden Aktionen zu unterbinden.

Nur am Rande möchte ich darauf hinweisen, daß der Grad der Freiwilligkeit der Westberliner Polizeibeamten bei dieser Maßnahme relativ hoch war. Vergleichbares gab es und konnte es - auch in dieser Beziehung - in keinem der anderen neuen Bundesländer geben. Eine solche konsequente „Vermischung“ ist auch in der Berliner Verwaltung nur in den Bereichen Feuerwehr und Polizei vollzogen worden.

Mit dem Einigungsvertrag und seinen Rechtsnormen war ein Rahmen geschaffen worden, der auch die Möglichkeit der Übernahme in das Beamtenverhältnis bestimmte. Ausgangspunkt der Berliner Überlegungen war für die Übernahme und Einstufung eine eingehende Analyse des Ausbildungssystems der Volkspolizei im Vergleich zur Ausbildung der Polizeibeamten in den unterschiedlichen Laufbahnen in der Bundesrepublik. Fast alle ehemaligen Volkspolizisten sind bei der Übernahme im Dienstgrad heruntergestuft worden.

In Berlin wurde also nicht akzeptiert, daß die Laufbahngruppen der Volkspolizei - untere, mittlere und höhere Laufbahn - den entsprechenden Laufbahnen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst der Polizei der Bundesrepublik Deutschland gleichgesetzt wurden.

Im Vergleich mit den neuen Bundesländern hat Berlin damit eine - insbesondere für die Betroffenen - sehr rigorose, aber auch realistische Bewertung vorgenommen.

Die Kollegialität zwischen den Westberliner Polizisten und den ehemaligen Volkspolizisten war von Anfang an überraschend ausgeprägt; weil eigentlich zu befürchten gewesen wäre, daß die nachhaltigen schikanösen Erfahrungen der Westberliner Bevölkerung mit den „bewaffneten Organen der DDR“ im Besuchs- und Reiseverkehr über die Jahrzehnte hinweg zu unüberbrückbaren Gegensätzen, Vorurteilen, ja gar Rachegefühlen hätten führen können. Aber in der west-ost-gemischten Erlebnis- und Schicksalsgemeinschaft Funkstreife und Dienstalltag stellte man sehr rasch - und bisweilen auch verblüfft - fest, daß es außer der Sprache viele weitere Gemeinsamkeiten gab, die von Problemen und Plänen in der beruflichen Sphäre bis hin zum privaten Bereich der Ehe und Familie geprägt waren.

Hüben wie drüben bekamen es die Menschen miteinander zu tun, die doch zuvor so herrlich an den Klischees des kapitalistischen Klassenfeindes oder des kommunistischen Unterdrückers Halt und Orientierung gefunden hatten.

Einstufung und abgeschlossene Fortbildung führen zunehmend dazu, daß ehemalige Volkspolizisten inzwischen Führungsfunktionen des gehobenen Dienstes wahrnehmen. Befürchtungen, ehemals Westberliner Polizisten würden sich

einer solchen Führungssituation nicht unterwerfen, waren glücklicherweise bis auf vereinzelte Fälle nicht begründet. Jedenfalls waren solche Fälle weitaus seltener als verhaltener Widerspruch von ehemaligen Volkspolizisten, wenn sie abermals unter den Vorgesetzten von einst Dienst leisten mußten.

Wirkliche Probleme bereiteten und bereiten heute noch soziale und finanzielle Schwierigkeiten der ehemaligen Volkspolizisten. Es treffen in einer Behörde und in einer Stadt mit gleichen Aufgaben und Belastungen unterschiedliche finanzielle und soziale Bedingungen unmittelbar aufeinander. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein Bediensteter in Sachsen nur rund 85 % der Einkünfte eines gleichartig Beschäftigten in Bayern erhält oder ob beide in derselben Stadt arbeiten, im gleichen Streifenwagen Dienst versehen.

Mit einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts wurden diese Verhältnisse noch verschärft. Eine Beschäftigung im Westteil der Stadt sichert ehemaligen Volkspolizisten ein Einkommen von 100 % der Bezüge eines vergleichbaren Angestellten und Beamten. Damit wird die Frage der Bezahlung innerhalb einer Behörde mit über die ganze Stadt verteilten Dienstgebäuden und dem Vermischungssystem der Beschäftigten praktisch dem Zufall unterworfen. Mit ausgleichenden Personalbewegungen wurde versucht, hier eine insgesamt einigermaßen gerechte Besoldung zu bewirken.

Ausblick

Aus einer gewissen Distanz für die Zeit vor meiner Verantwortung, aber mit einer unmittelbaren Betroffenheit seit meiner Amtsübernahme kann ich sagen, daß die Zusammenführung der beiden Polizeien aus den Ost- und Westteil der Stadt mit einem gewaltigen Kraftakt, verteilt auf vielen Schultern, in nahezu einzigartiger Weise als ein praktischer und lebensnotwendiger Beitrag zur Wiedervereinigung in sehr facettenreicher Form geleistet wurde.

An der Nahtstelle der Wiedervereinigung werden die Probleme aber auch noch heute besonders sichtbar. Dies gilt für die soziale und die wirtschaftliche Situation in Berlin insgesamt. Das muß noch viel mehr für die Verhältnisse innerhalb einer Behörde gelten.

Jedoch hat sich auch die Kriminalitätslage in Berlin nach der Wiedervereinigung deutlich verändert. Berlin führt auch insoweit kein „Insel-Dasein“ mehr. Berlin ist Bestandteil des nationalen und internationalen Kriminalitätsgeschehens geworden und besonders betroffen von den epochalen politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der ehemaligen Sowjetunion und all den bekannten Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland und Westeuropa.

Nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages ist Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wird gemäß dem Beschluß des Bundestages von 1991 mit Ablauf dieses Jahrzehnts auch Sitz des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung sein.

Die Polizei hat sich den damit zusätzlich auf sie zukommenden Aufgaben zu stellen und lenkt ihre Planungen schon jetzt energisch in diese Richtung.

Gemeinschaftswerk Ost - der Aufbau des Bundesgrenzschutzes in den neuen Bundesländern

von Bernd Walter, Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost

Es gehört sicherlich zu den unfreiwilligen Pointen der neueren Geschichte, daß im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung eine Spezies sich zunehmender Wertschätzung erfreute, die vordem eher Zielscheibe permanenten Bürgerunmuts und von Bürokratieverdrossenheit war: die deutsche Beamtenschaft. Wie müssen der Administration die Ohren geklungen haben, als 1991 der damalige Bundesaußenminister Genscher in einem Interview mit dem Deutschen Beamtenbund verkündete: „Wer die Lage der öffentlichen Verwaltung in den neuen Bundesländern sieht, wird erkennen, wie wichtig unser Berufsbeamtentum nicht nur für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung in unserem demokratischen Staat ist, sondern auch für dessen Stabilität“. Innerhalb der durch eine leistungsfähige Beamtenschaft garantierten Funktions- und Stabilitätsgarantie eines modernen Rechtsstaates übernahmen die Polizeien von Bund und Ländern von Anfang an in den neuen Bundesländern eine hohe Verpflichtung. Denn: Die alten Sicherheitsstrukturen funktionierten nicht mehr, die neuen Sicherheitsstrukturen noch nicht. So erklärte der damalige Bundesinnenminister Schäuble zu dem Sicherheitsdilemma: „Aber was macht etwa ein Innenminister, dem als halbwegs ausgebildete Polizisten grundsätzlich nur Angehörige der sogenannten ‚bewaffneten Organe‘ der früheren DDR zur Verfügung stehen und der eben auch für eine Übergangszeit nicht auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit durch hinreichende Polizeikräfte verzichten kann?“.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Überwachung der Außengrenzen der DDR zur Volksrepublik Polen und zur CSFR mußten aufgrund der besonderen Sicherheitsverhältnisse in diesem sensiblen Bereich kontinuierlich erfolgen und erlaubten kein Interregnum oder gar eine Neustrukturierungsphase. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 wurde der noch im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern der ehemaligen DDR ab Mai 1990 aufgestellte Grenzschutz der DDR vom Bund übernommen und organisatorisch in den Bundesgrenzschutz überführt. Die Beschäftigten wurden damit Angehörige des BGS. Dies ergab sich aus Artikel 3 Abs. 2 des Einigungsvertrages, wonach Einrichtungen oder Teileinrichtungen, die bis zum Wirksamwerden des Beitritts Aufgaben erfüllt haben, die nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes vom Bund wahrzunehmen sind, den zuständigen obersten Bundesbehörden unterstehen.

Die psychologischen Belastungen der Beteiligten beim Aufbau der Polizei und des Bundesgrenzschutzes im Beitrittsgebiet waren enorm, zumal es sich um einen Vorgang handelte, der in der deutschen Polizeigeschichte singulär war. Das Beispiel des Bundesgrenzschutzes ist - neben der Berliner Polizei - in besonderer Weise geeignet, Besonderheiten und Schwierigkeitsgrad einer derartigen Entwicklung darzustellen, da in diesen beiden Sicherheitsorganisationen Ost und West zusammengefügt wurden - gleichermaßen ein Beitritt im Mikrokosmos. Menschen, die vor dem Trümmerhaufen ihrer Biographie standen, zu einem Neuanfang zu ermuntern, war bisher keinem westlichen Polizeiführer in der Führungsausbildung vermittelt worden. Wer Arroganz, naive Selbstzufriedenheit und missionarischen Weltverbesserungseifer zur Richtschnur seines Handelns machte, konnte den Vereinigungsprozeß genausowenig mental und rational verarbeiten wie diejenigen, die einen unkritischen Schlußstrichenthusiasmus propagierten.

Die Personalgewinnung war von vornherein ein Problem besonderer Art.

Tatsächlich wurden 7.156 Angehörige des Grenzschutzes der DDR übernommen. Sie stammten aus folgenden Funktionsbereichen:

- 31,5 Prozent aus den Grenztruppen,
- 17,7 Prozent aus der Volkspolizei,
- 31,5 Prozent aus der Transportpolizei,
- 1,4 Prozent aus der Nationalen Volksarmee,
- 17,5 Prozent aus den sonstigen Bereichen.

Alle vormaligen Personalentscheidungen wurden in der Folgezeit einer eingehenden Überprüfung unterzogen und führten in zahlreichen Fällen zu Kündigungen, u.a. auch wegen früherer Tätigkeit für das MfS, die zur Unzumutbarkeit einer Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses führte.

Dabei war nach der ausdrücklichen Regelung in Anlage 1, Kapitel XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III, Nr. 1 Abs. 5 des Einigungsvertrages die bloße Tätigkeit für das ehemalige MfS/AfNS allein kein Kündigungsgrund. Vielmehr mußte sich aufgrund einer Einzelfallprüfung zusätzlich ergeben, daß eine Weiterbeschäftigung unzumutbar war. Die in der Zwischenzeit erfolgte Verbeamtung der Masse der Bediensteten erfolgte nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages und den Bestimmungen des Bundesbeamtengesetzes.

Zur ersten Verbeamtung im BGS Ost erklärte Bundesinnenminister Seiters am 31. Januar 1992: „Mit den jetzt vorgesehenen Verbeamtungen trägt der Bund für den Bereich des BGS zugleich einer auch in den Polizeien der neuen Bundesländer und im Bereich des Zolls eingeleiteten Entwicklung Rechnung. Unabhängig von der Verbeamtung wird die bereits eingeleitete Überprüfung aller Angehörigen des BGS Ost durch den Bundesbeauftragten, sofern sie nicht bereits abgeschlossen ist, fortgesetzt. Soweit sich nach der Ernennung zum Beamten auf Probe eine kündigungsrelevante MfS--Tätigkeit herausstellt, besteht auf der Grundlage des Einigungsvertrages die Möglichkeit einer sofortigen Entlassung des Betroffenen aus dem Beamtenverhältnis.“

Mir ist bewußt, daß die Angehörigen des BGS Ost in der Aufbauphase dieser Teilorganisation mit mancherlei widrigen Umständen zu kämpfen hatten. Hierzu gehören insbesondere die Ungewißheit über ihre berufliche Zukunft, ein in manchen Bereichen erhebliches Personalfehl sowie eine häufig unzureichende Ausstattung. Mit den nun vorgesehenen Verbeamtungen wird ein bedeutender Schritt zur vollständigen Integration der Angehörigen des BGS Ost in den Bundesgrenzschutz vollzogen. Der BGS Ost bietet damit jedem einzelnen seiner Angehörigen, dessen persönliche Integrität gewährleistet ist, eine attraktive und dauerhafte berufliche Perspektive. Dies ist zugleich ein wichtiger Beitrag für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die Bereitschaft von Polizeivollzugsbeamten aus den westlichen Bundesländern, den Lebensmittelpunkt in den Osten Deutschlands zu verlegen, war und ist - trotz ehemaliger „Buschzulage“, attraktivem Planstellenkegel und guten bis sehr guten Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten - gering. Die meisten kamen (und gingen) im Wege der befristeten Abordnung. So entschieden sich in der schwierigen Aufbauphase zwischen 1990 bis 1992 lediglich rund 320 Polizeivollzugsbeamte für den integrationsfördernden Schritt von West nach Ost. Ihnen ist besonderer Respekt zu zollen. Gleichwohl muß der Insider in der Retrospektive feststellen, daß Gemeinwohlverpflichtung und Mobilität nicht mehr ohne weiteres zu den Essentials des deutschen Beamtentums zählen.

Die Aufgabenerfüllung des BGS Ost wurde von Anfang an durch mehrere sicherheitspolitische Entwicklungslinien sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich dominiert. Die Entwicklung des Gesamt - BGS bestimmten zunächst der Wegfall der grenzpolizeilichen Aufgaben an der vormaligen innerdeutschen Grenze als unmittelbare Folge der deutschen Einheit und der Abbau der grenzpolizeilichen Aufgaben an den Binnengrenzen des zusammenwachsenden Europas. Dies führte letztlich auch zur Neuorganisation des BGS und stellte auch den BGS Ost auf eine neue Bewährungsprobe. Mit dem Einigungsvertrag entfielen andererseits die alliierten Vorbehaltsrechte in Westberlin; somit erweiterte sich der Zuständigkeitsbereich des BGS auf Westberlin. Die den Zuständigkeitsbereich des BGS Ost begrenzenden Außengrenzen zur Republik Polen und zur CSFR sind gleichzeitig Außengrenzen der EG und bedurften von Anfang an eines besonderen Kontrollstandards, zumal gerade an diesen sensiblen Grenzen unverändert grenzpolizeiliche Anlässe der verschiedenen Art kulminieren und einen hohen Personaleinsatz erfordern.

Nicht nur die prioritären Einsatzbelange verlangten hohe Investitionen im Bereich der Aus- und Fortbildung. „Druckbetankung“ und „Schnellbesohlung“ waren die liebevollen Synonyme für die Verfahren der Anfangszeit. Bald jedoch kehrte Normalität ein. Allein in den Jahren 1991 und 1992 wurden durch den BGS Ost über 1.400 sogenannte „Seiteneinsteiger“ ausgebildet. Ein gesunder Pragmatismus bei der Auswahl der Lehrer und Ausbildungsinhalte und die normative Kraft des Faktischen in Form ständiger Einsätze im gesamten Spektrum polizeilicher Anlässe bewirkten alsbald, daß sich das inzwischen gebildete Grenzschutzpräsidium Ost einen guten Namen im Ausbildungsbereich erwarb. „Learning by doing“ wurde zur pädagogischen Kampfformel und bewies, daß der Polizeiberuf - trotz gelegentlicher Gegenbehauptungen - zunächst auf praktischen Lebens-, Sozial- und Einsatzerfahrungen aufbaut.

Alle Einsatzanforderungen wurden bisher durch die Einsatzkräfte des Grenzschutzpräsidiums Ost trotz der bekannten geringeren Bezahlung und teilweise noch bestehender infrastruktureller Probleme engagiert, motiviert und professionell erfüllt. Erkannte Ausbildungsdefizite wurden und werden sofort anlaßbezogen beseitigt. Einsatzwert und Einsatzverhalten der Bediensteten des Grenzschutzpräsidiums Ost stehen nicht hinter vergleichbaren Polizeien zurück.

Die Angehörigen des Grenzschutzpräsidiums Ost haben in einer historischen Ausnahmesituation Außer-ordentliches geleistet. Der ständige Problemdruck sowie der Zwang zu unkonventionellen Lösungen haben mehr Integration bewirkt als wohltönende Appelle, unreflektierte Emotionen, Hochglanzbroschüren oder gute Ratschläge. Die oftmals hohe Motivation und der extrem hohe Grad an Belastbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben innerhalb kurzer Zeit aus einer organisatorischen Sturzgeburt eine gut funktionierende demokratische Polizeiorganisation geschaffen.

Wer gar meinte, Elan, schöpferische Individualität, Verantwortungsfreude und Sozialkompetenz seien Merkmale einer bestimmten geographischen Herkunft, bewies allenfalls, daß Vorurteile gleich welcher Art intellektuelle Einbahnstraßen sind. Das Zusammenwachsen des Bundesgrenzschutzes war in vielen Teilbereichen ein langwieriger, komplizierter, auch von Rückschlägen begleiteter Prozeß.

Daß das Thema „Ost/West“ gleichwohl im heutigen Grenzschutzpräsidium Ost allenfalls nur noch ein Thema historischer Nachbetrachtung ist, ist das Verdienst derjenigen, die sich mit Bescheidenheit, Identifikation mit dem wiedervereinigten Deutschland, Fingerspitzengefühl und dem Sensus für die Einmaligkeit des Anlasses den Herausforderungen gestellt haben.

Jeder braucht nur soviel zu wissen, wie für die unmittelbare Aufgabenerledigung erforderlich!

(„alte sozialistische Weisheit“)

Erfahrungen eines westdeutschen Polizisten in der Polizei eines neuen Bundeslandes

von Klaus Zacharias, Leitender Polizeidirektor, Cottbus

Der Autor wurde gegen Ende des zweiten Weltkrieges in Potsdam-Babelsberg geboren, wuchs in West-Berlin auf und ging nach dem Abitur an einem Gymnasium in Berlin-Kreuzberg zur Polizei nach Nordrhein-Westfalen. Nach 25 Dienstjahren in diesem Land folgte er dem Ruf nach Brandenburg. Seit 26. November 1990 wurde er zunächst als Berater in den Bezirkspolizeibehörden Cottbus und Frankfurt (Oder) tätig. Seit einigen Jahren arbeitet Klaus Zacharias als „Abteilungsleiter Einsatz/Ermittlung“ im Polizeipräsidium Cottbus, wo er bereits im Juni 1991 bei der Gründung einer IPA-Verbindungsstelle helfen konnte. Hier seine Erfahrungen in einigen Thesen:

Der Phantasie beraubt

Das pseudosozialistische System der DDR hemmte gewollt fast jedes phantasievolle Vorgehen und jegliche Art von Zivilcourage. Durch zentralistische, ausschließlich an den Zielen des Systems orientierte Eingriffe wurden alle Lebensbereiche geregelt - bis hin zur Freizeitgestaltung (siehe „Ferienplatzzuweisung“). Natürlich galt dieses Verfahren auch für die zentralgesteuerte Volkspolizei und deren Angehörige. Jedes Detail war geregelt. Trotz anderer Aussagen in der Literatur zur Führungslehre wurde ausschließlich nach dem Prinzip der Befehlstaktik verfahren. Mit diesem System konnten sich viele arrangieren und in ihm auch gut leben. Um so erstaunlicher war die friedliche Revolution „aus sich selbst“, die diese Konstruktion zusammenbrechen ließ.

Nach der Wiedervereinigung hatten insbesondere auch Volkspolizisten erhebliche Schwierigkeiten, die Anforderungen an eine demokratische und moderne Polizei zu verstehen und sich „anzupassen“. Plötzlich sollte man mitmachen, sich einbringen, Pflichten nachkommen und gleichzeitig Rechte wahrnehmen, ja sogar ohne Anordnung („Befehl“) eigenständig handeln. Das war in der Praxis gar nicht so einfach, überspitzt:

- man mußte plötzlich wirtschaftlich denken und dabei viele Vorgaben beachten (Beschaffung von Toilettenpapier im Ausschreibungsverfahren) ...
- man mußte sich auf einmal um seine eigene Ausrüstung (auch um die Beschaffung eines Bleistiftes) kümmern;
- man sollte nicht nur beim Entladen neuer Formulare helfen, sondern auch noch selbst eine sinnvolle Verteilung derselben organisieren.

Und da war doch noch die Sorge um den Arbeitsplatz. Wird man weiterbeschäftigt? Welche Art Auswirkungen hätte die wahrheitsgemäße Beantwortung des Fragebogens? Vielleicht sollte man zur Erlangung von Klarheit einmal streiken? Da meinte der Wessi aber, das würde in der Bevölkerung niemand verstehen und wenn man Beamter werden wollten, passe das auch nicht so richtig. Irgendwie hatte er ja recht, also gab es keinen Streik. Aber schließlich gab und gibt es ja noch einen Personalrat und Gewerkschaften...

Einige begannen laut darüber nachzudenken, daß sie ja eigentlich gar nicht so, „systemnah“ waren, aber der andere Kollege, der Politoffizier war, der mußte doch eigentlich gehen, oder? Aber da meinte der Wessi, daß die Regelungen im und zum Einigungsvertrag bezüglich der Zumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung doch bekannt sind.

Ich wollte diese Diskussion erst führen, wenn sieh wenigstens einer gemeldet hätte, der aus Gegnerschaft zu Partei und Staat Angehöriger der Volkspolizei geworden war. Na ja!

Jeder braucht nur soviel zu wissen...

Dieses Prinzip war ein weiteres Hemmnis für eine spontane „Systemumstellung“, denn in der Realität wurde „braucht“ durch „darf“ ersetzt. Zuviel fragen war nicht erwünscht. Warum muß ich wissen, was die Markierungen und Zahlen auf den Lichtschaltern und Steckdosen bedeuten - Hauptsache, sie funktionieren.

Zu einem frühen Zeitpunkt wollte ich wissen, wieviele Mitarbeiter eigentlich zu meiner Behörde gehören. Die entsprechende Frage richtete ich in einer gemeinsamen Besprechung an die „Leiter der Abteilungen Kader, Versorgung und Finanzen“. Jeder wartete stolz und spontan mit einer Zahl auf - allerdings hatte jeder eine andere Zahl. Eine Klärung war im Verlauf der Besprechung nicht zu erreichen. Eine solche Frage war auch noch nie gestellt worden. Nach drei Tagen legten mir die Beteiligten eine namentliche Aufstellung aller Mitarbeiter vor. Es gab *eine* Zahl und nicht nur ich wußte nun, welche Mitarbeiter zu irgendwelchen Schulen und Hochschulen abgeordnet waren oder welche „Angehörigen“ aus den Bereichen Betriebsschutz oder Strafvollzug noch von uns bezahlt wurden.

Bewaffnet mit einem Stadtplan aus DDR-Zeiten begab ich mich auf die Suche nach „meiner“ Bereitschaftspolizei. Die Anschrift war mir bekannt, die Institution allerdings nicht im Stadtplan vermerkt. Ich fand sie trotzdem und kam dort zunächst mit dem „Einlaßdienst“ ins Gespräch. Der Kollege war zutiefst verunsichert als ich ihn bat, nicht nur den Standort der Bereitschaftspolizei sondern auch den der anderen Polizeidienststellen in meinem Stadtplan zu vermerken. Das wäre doch eigentlich geheim... Wir einigten uns darauf, daß diese Geheimhaltung nicht mehr zeitgemäß sei - zumal an den „Objekten“ schon überall Schilder mit der Aufschrift „POLIZEI“ angebracht waren.

Natürlich mußte ich mich auch um die polizeieigenen Liegenschaften kümmern. Auf Nachfrage erhielt ich sofort - aber ohne Erläuterung - einen vielseitigen Computerausdruck, der sich allerdings auf codierte Ortsangaben und die Größe in Quadratmetern beschränkte. Nachhaltig bestand ich auf eine Erklärung. Ein Ergebnis war, daß wir auch einen Wald besaßen. Mein Erstaunen stieß auf Verwunderung. Irgendwann hatte nämlich ein Genosse die Idee gehabt, daß es doch ganz praktisch wäre, wenn die Bereitschaftspolizei zum Üben einen eigenen Wald hätte - also gab es einen Wald!

Gelegentlich sollte ein Dienststellenleiter auch etwas über Art, Menge und Zustand der Ausrüstung seiner Behörde erfahren und so versuchte ich, mich kundig zu machen. Zunächst fand ich hunderte von intakten Klappspaten und Staubschutzbrillen. Es war unerheblich, ob diese aus Beständen der Volkspolizei selbst oder der inzwischen aufgelösten Betriebskampfgruppen stammten - es waren einfach zu viele. Die Geschichten um die Entsorgung von Waffen, Munition und Schützenpanzerwagen sowie - teilweise auch radioaktiven - Spezialgeräten würden ein Buch füllen. Bei meinen Erkundungen stand ich häufig vor zunächst verschlossenen Türen. „Den Schlüssel hat Emil und Emil ist nicht da“ war die stereotype Antwort bis ich Emil „beerdigen“ konnte. Es ging nämlich darum, weitere „Geheimnisse“ zu lüften. So fand ich schließlich in zwei Großgaragen nagelneue Autos, zwei Lada, zwei Wartburg, zwei B 1000 und zwei Trabant. Der „Versorger“ hatte zu DDR-Zeiten für Schadensfälle vorgesorgt und „organisiert“. Im Falle eines „tragischen Verlustes“ wäre er ganz groß herausgekommen. Den Umstand, daß diese Kapitalanlage nicht mehr zeitgemäß war, hatte er wohl verpaßt. Inzwischen sind wir aber gute Freunde.

Auch das Personal hat natürlich einen Anspruch darauf, daß man sich „kümmert“. Also bemühte ich mich und studierte Personalakten. Die meisten waren aber dank einer großzügig angelegten Bereinigungsaktion nur zu maximal Zweidrittel gefüllt. Viele Seiten fehlten erkennbar. Was tun? Mein Innenleben sagte mir, schau dir doch Kaderakten von ehemaligen VP-Angehörigen an, die aus der Volkspolizei (meist wegen nicht erlaubter „Westkontakte“) entfernt worden waren. Der Gedanke war Gold wert, ich erhielt zumindest einen Eindruck, wie vollständige Personalakten aussehen und konnte durch sinnvolles Ergänzen und gezieltes Nachfragen so manche Lücke schließen.

Warum ist die Öffentliche Sicherheit nach der Wende nicht zusammengebrochen?

Es gab nach der Wiedervereinigung natürlich eine Unmenge von Problemen. Dazu gehörte die Umstellung fast aller Rechtsbereiche „über Nacht“. Polizisten und natürlich auch der Rest der Bevölkerung waren zumindest eine Zeitlang damit überfordert. Aber da der (Un-)Kenntnisstand in etwa gleich war, fiel das nicht besonders auf und schließlich gab es diese Probleme in jeder Stadtverwaltung, Staatsanwaltschaft und jedem Gericht. Allerdings war das Stehlen auch weiterhin verboten. Die Verfolgung dieser Straftaten war jedoch durch den nur vorübergehenden Stillstand der Rechtspflege beeinträchtigt. Die Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten gestaltete sich zumindest im Verwarnungsbereich schon schwieriger. So sprach sich beim „Bürger“ ganz schnell herum, daß die Polizisten nicht „abstrafen“ konnten, da sie keine Verwarnungsgeldquittungen ausstellen konnten. Die Folge war, daß die Kollegen bei Radar-kontrollen o. ä. regelrecht ausgelacht wurden.

Weitere Probleme entstanden durch die tatkräftige Unterstützung von „Westkollegen“, die als solche durch ihre anderen Uniformen sofort auffielen. Träger von (nur kaschierten) Volkspolizeiuniformen wurden beim gemeinsamen Einschreiten mit Kollegen aus den alten Bundesländern mit äußerst unfreundlichen Bemerkungen bedacht. „Mit Ihnen rede ich doch nicht“ war noch die harmloseste.

Auch auf diesem Gebiet hat der Autor persönliche Erfahrungen gesammelt, konnte er es sich doch nicht verkneifen, zumindest gelegentlich in die „alte“ Uniform zu schlüpfen. Er wollte damit seinen Kollegen ein deutliches Zeichen für die gemeinsam zu lösenden Aufgaben setzen. Das gelang so gründlich, daß er prompt von einem Bundesbürger alter Art als „doofer Ossi“ tituliert wurde. blieb am Ende des höflichen Gesprächs nur noch die Frage zu beantworten: „Und warum tragen Sie dann diese Uniform?“ Erst mit Einführung der neuen Dienstbekleidung regulierte sich langsam auch dieses Problem.

Zur Verdeutlichung der vielen Neuerungen mußte ich auch an der Sprache meiner Kollegen feilen. Die sprachliche Entwicklung in den ehemaligen zwei deutschen Staaten war teilweise deutlich auseinandergedriftet. Hinzu kamen aber noch Partei- (ML-)Kauderwelsch und die auch nicht im DDR-Duden zu findende Sprache der Volkspolizei. Auffällig waren die häufige Verwendung von Passiv- und Konjunktivformen sowie sonstige Verfremdungen;

- es macht sich erforderlich (wer oder was ist es?)
- der Täter wurde flüchtig (ist er nicht tatsächlich geflüchtet?)

Wir haben uns auch sprachlich zusammengerauft! Vielleicht wurde durch diesen Prozeß auch bei mir einiges an altbundesdeutschem Amtsdeutsch geschliffen?

Eines steht jedoch fest: Trotz der nur beispielhaft aufgeführten Schwierigkeiten, des immensen Anstiegs der - zumindest jetzt erfaßten - Kriminalität und der dramatischen Verkehrsunfallentwicklung geschah ein Wunder: alle miteinander sind wir nicht in das eigentlich zu erwartende Sicherheitsloch gefallen! Viele Faktoren haben vermutlich dieses Wunder ermöglicht. Ein geballtes Paket mit Ausbildung und Anpassungsfortbildung sowie die vielfältige Unterstützung aus den alten Bundesländern haben dabei sicherlich eine große Rolle gespielt. Auch ist noch nicht alles erreicht. Aber ganz ohne die Akteure - nämlich meine Kolleginnen und Kollegen - wäre das Wunder auch nicht vorstellbar!

Noch etwas zur Vergangenheitsbewältigung

Aus sehr persönlichen Erfahrungen, aber auch durch diverse unterschiedliche dienstliche Tätigkeiten und gelegentliches Engagement in der Sportadministration, hatte ich vor der Wende gewisse Vorstellungen vom Leben in der DDR, aber auch vom Wirken von Volkspolizei und Staatssicherheit. So gehörte die den eigentlich Beteiligten gegenüber nicht ausgesprochene Frage, wer denn wohl bei dieser Sportgruppe der „Aufpasser vom MfS“ sei, genauso zum „Alltagsgeschäft wie die Vernehmung von Kollegen, die anlässlich eines Besuches in der DDR „angesprochen“ wurden, oder die Einvernahme von DDR-Flüchtlingen (zu Fragen ihrer Verurteilung, ggf. den Umständen ihres „Freikaufs“, aber auch, inwieweit sie selbst Straftaten begangen hatten und ob sie vielleicht Perspektivagenten des MfS sein könnten). Das dadurch entstandene Bild bedurfte durch die nach der Wende erlangten Kenntnisse kaum einer Korrektur. Dem entsprechend leicht fielen mir auch das „Handling“ von Situationen und Konflikten, aber auch der äußerst offene und ehrliche Umgang mit meinen Mitarbeitern. Das ist auch heute noch so.

Höchstpersönlich habe ich meine eigene Vergangenheitsbewältigung betrieben (natürlich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen!). Nach Ende des unsäglichen „Dritten Reiches“ hatten sich zwei deutsche Staaten mit gleicher „Vergangenheit“, aber auch ebenso gleicher Geschichte entwickelt. Die unterschiedliche Entwicklung wurde wesentlich durch die zwei Lager der Siegermächte beeinflusst. Nur ein Staat „durfte“ sich demokratisch entwickeln. Und er tat sich dabei gelegentlich sehr schwer. Nach dem Erlöschen des anderen Staates haben viele von dessen Bürgern eine „akute Kehrtwende auf der Stelle“ erwartet. Wie wäre es, diesen Menschen auch einen sich entwickelnden Prozeß zuzubilligen?

Er muß ja nicht auch 44 Jahre dauern. Ich habe jedenfalls nicht vergessen, daß ich in der „alten Bundesrepublik“ auch gelegentlich zu heftigem Nachdenken veranlaßt wurde, zum Beispiel über

den Umgang mit Nationalsozialisten in öffentlichen Ämtern oder

- den Umgang mit dem bis Anfang der 60er Jahre geltenden Paragraphen 100 e STGB („Verräterische Beziehungen“) oder

Richtlinien für Reisen durch und in den kommunistischen Machtbereich“ (insbesondere Reisen nach Jugoslawien oder Fahrten über die „Interzonenautobahnen“ nach Berlin betreffend) oder

- daß ich ob meiner Verwandten in der DDR zum Sicherheitsrisiko erklärt und damit meine Übernahme zum Bundeskriminalamt nichtig wurde.

Und zum Schluß...

noch etwas zum Nachdenken. Zitat aus dem Schreiben eines Petenten im Nachgang zu einer bereits abgeschlossenen Dienstaufsichtsbeschwerde:

„Sie haben mir diese Frage ausreichend und abschließend mit der Aussage beantwortet, daß Sie nicht verpflichtet sind, über Sinn und Unsinn Ihrer Maßnahmen nachzudenken, solange Sie sich im Rahmen Ihrer Vorschriften bewegen. Ihren Spielraum an Kreativität brauchen Sie derzeit ja wohl hauptsächlich zur Durchsetzung Ihrer Bezüge auf Westniveau. Daß diese Forderung berechtigt ist, haben Sie mir mit der Behandlung meiner Beschwerde nachgewiesen.“

Der Petent war an einer der in Brandenburg zahllosen Unfallhäufungsstellen zu schnell gewesen und zur Kasse gebeten worden.

Aber er hat - insbesondere im Sinne des Zusammenwachsens - recht: Hauen wir doch alles und am besten auch noch uns in eine Pfanne!

In der „Lausitzer Rundschau“ erschien am 31. Oktober 1996 folgendes Interview:

„Wir mußten alle lernen“

Gespräch mit Klaus Zacharias zu fünf Jahren Polizeipräsidium Cottbus

Herr Zacharias, Sie kamen 1990 aus Nordrhein-Westfalen nach Cottbus. Warum?

Ich bin in Westberlin aufgewachsen und habe damals immer feste mitgebrüllt: „Macht das Tor auf!“ Und daran habe ich mich erinnert, als das Schreiben vom Innenminister aus Düsseldorf kam, in dem Leute für den Aufbau neuer Polizeistrukturen in Brandenburg gesucht wurden.

Was haben Sie denn in Cottbus vorgefunden?

Erst einmal viele nette Menschen, die mich zu meinem Erstaunen gar nicht so skeptisch aufgenommen haben, sondern meine Erfahrungen gern in Anspruch nahmen, weil sich damals viele fragten, wie es denn nun weitergehen sollte.

War denn da schon klar, welche Polizeistruktur es in Brandenburg geben würde?

Nein. Die einheimischen Kollegen hatten sich aber schon nach der Wende und noch vor der Wiedervereinigung Gedanken gemacht, wie die neue Struktur aussehen könnte. Darüber haben wir viel diskutiert und dem Innenministerium Vorschläge gemacht. Im November 1991 wurde dann das Polizeipräsidium Cottbus „eingrichtet“.

Viele dachten damals, daß Sie der Polizeipräsident werden.

Nee, das war eigentlich gar nicht im Gespräch. Es gab eine - für meine Begriffe - sehr kluge Entscheidung, wonach die Behördenleiter möglichst Einheimische sein sollten. Die beiden Abteilungsleiter sollten allerdings aus dem Westen kommen, um ihre fachlichen Erfahrungen zu nutzen. Das hat sich auch bewährt.

Inwiefern?

Trotz aller Schwierigkeiten am Anfang ist die Sicherheit im Land nicht zusammengebrochen. Und das grenzt schon an ein Wunder.

Warum?

Die Kollegen sind ja damals von dem neuen Recht förmlich überrannt worden und kamen aus dem Lernen überhaupt nicht mehr heraus.

Die Bürger mußten sich ebenfalls an das neue Recht gewöhnen. Und die ganz großen Zwischenfälle sind eigentlich ausgeblieben.

Das bezweifle ich etwas - gerade wenn ich an die Zeit vom Herbst '91 bis zum Ende 1992 denke, wo so viele rechtsradikale Straftaten begangen wurden. Als die damals dreist und offen durch die Städte marschierten, war von der Polizei nicht allzuviel zu sehen, oder?

Vielleicht ist hier und da tatsächlich dieser Eindruck entstanden. Aber bitteschön, wir mußten alle lernen. Mit der Ausrüstung stimmte es anfangs überhaupt nicht, wir hatten Probleme mit dem Telefonieren, mit dem Funk.

Damit will ich gar nichts beschönigen. Die Probleme waren da. Aber wir haben daraus gelernt.

Und worauf kann das Polizeipräsidium Cottbus besonders stolz sein?

Wir waren beispielsweise Motor in der Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei, haben eine europaweit vorzeigbare polizeiliche Beratungsstelle mit der deutsch-polnischen Außenstelle in Guben. Wir konnten im Bereich der Schwerekriminalität jede Menge Verfahren abschließen: bei der Drogen- und in anderen Bereichen der organisierten Kriminalität, bei den Tötungsdelikten und nicht zuletzt bei den vielen Raubstraftaten, die wir zu bearbeiten hatten.

Also keine wunden Punkte mehr?

Doch. Ich würde mir wünschen, daß wir es schaffen, von den Bürgern noch mehr anerkannt zu werden. Deshalb bemühen wir uns gegenwärtig, auch den letzten Mitarbeiter davon zu überzeugen, daß er sich dem Bürger gegenüber nicht nur korrekt, sondern auch freundlich verhält. Das ist vor allem im Hinblick auf die Vergangenheit wichtig - für die Bürger war es 1990 sicher nicht einfach, jene Polizisten, die früher den Staat mitgetragen hatten, weiterhin in (später anderer) Uniform zu sehen.

Wir hatten uns ja von Anfang an vorgenommen, da nüchtern ranzugehen.

Was hieß das?

Das hieß, menschliche Lösungen zu suchen, bis auf die Fälle, wo Straftaten vorlagen.

Wobei der Umgang mit den ehemaligen DDR-Polizisten in Brandenburg bundesweit nicht immer auf Verständnis stieß.

Mag sein. Aber diese Polizisten haben in den vergangenen sechs Jahren hier für Sicherheit und Ordnung gesorgt. Die haben sich doch bewährt.

Das hat auch der Bürger gemerkt. Und wenn diese allgemeinen und pauschalen Diskussionen aus irgendwelchen parteipolitischen Gründen immer wieder losgetreten werden - dann ist das diesen Mitarbeitern gegenüber sehr ungerecht.

(Gespräch: Sandra Daßler)

Vom Volkspolizisten zum Polizeibeamten im demokratischen Rechtsstaat

von Udo Göckeritz, Kriminalhauptkommissar, Chemnitz

Mein Geburtsjahr ist das Jahr 1943. 1950 bin ich zur Schule gekommen, also in der ehemaligen DDR aufgewachsen. Seit 1968 bin ich Polizist, natürlich bis 1990 Volkspolizist. Heute bin ich Kriminalhauptkommissar im Polizeipräsidium Chemnitz, Referat Verbrechensbekämpfung.

In der IPA bin ich Leiter der Landesgruppe Sachsen und Mitglied des Bundesvorstandes. Ich bin verheiratet und habe bereits erwachsene Kinder. Meine Ehefrau Gisela ist ebenfalls Polizeivollzugsbeamte, KHKin, bei der Polizeidirektion Chemnitz.

Ich gebe zu daß die Bewältigung dieses Themas schwierig und umfangreich, aber zugleich eine Herausforderung für mich ist. Einschränkend muß ich natürlich hinzufügen, daß sowohl die Darstellung der menschlichen Probleme und Schwierigkeiten als auch die positiven Seiten der Entwicklung aus meiner Sicht erfolgt, dann nicht jeder hat die gleiche Entwicklung durchlaufen.

Neben vielen objektiven Eindrücken wird es auch eine ganze Reihe subjektive Wertungen geben, denn viele, die mit mir den Berufsweg eines Polizisten anfänglich beschritten haben, die mich eine ganzes Stück des Weges begleitet haben, sind nicht mehr im Polizeivollzugsdienst, aus welchen Gründen auch immer.

An den Anfang meiner Ausführungen möchte ich den Gedanken stellen, daß ich immer gern Polizist gewesen bin und ich bitte, dies auch nicht als überzogen zu betrachten: Der Berufsstand Polizist war und ist für mich Berufung, nicht allein Beruf. Deshalb bin ich, wie viele Volkspolizisten auch, bei allen Handlungen und Entscheidungen immer davon ausgegangen, daß die DDR ein Rechtsstaat ist und die Volkspolizei ihren Auftrag für die Vertretung der Interessen der Mehrheit der Bürger auf rechtsstaatlicher Grundlage bekommt.

Klar ist auch, daß jede Polizei als Organ des jeweiligen Staates immer im Widerspruchsverhältnis von Staat und Bürger wirksam wird und damit in einem sozialen Konfliktfeld mit polizeilichen Mitteln tätig werden muß.

Die Aussage, daß die Polizei als Organ des jeweiligen Staates nicht demokratischer sein kann als der Staat selbst, war Teil der theoretischen Ausbildung eines jeden Volkspolizisten (Gesetz über Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei u.a. Rechtsvorschriften) Damit war klar, jeder Volkspolizist vertritt die Interessen der Mehrheit der Bürger, alle die gegen den Staat argumentieren, unzufrieden sind oder sich irgendwie verweigern, sind Feinde.

Die Polizei, wie der gesamte Staat, wurden von der SED geführt, deren Führung den Anspruch erhob und durchsetzte, allein zu wissen was für die Bürger gut ist. Bei der Lösung von Problemen und auftretenden Konflikten hatte eben die Partei immer recht, wie es auch in einem Lied heißt und fast jeder Angehörige der Volkspolizei, Offiziere sowieso, war Mitglied der SED. Ich kenne nur ganz wenige Ausnahmen und die wurden leider als nicht ganz vollwertige Polizisten eingestuft.

Wenn es also zu einer Fehlentscheidung, Fehleinschätzung, Fehlverhalten kam, wurde der Volkspolizist immer zweimal zur Rechenschaft gezogen: erstens durch die Partei, zweitens durch den Dienstvorgesetzten. Oftmals wurde auch die Familie mit einbezogen, um die Ursachen des Fehlverhaltens genau zu ergründen. Danach geriet der somit gemäßregelte Volkspolizist in noch tiefere Konflikte.

Daraus resultierte auch, daß Argumente der Bürger, die auf Mißstände aufmerksam machten, nicht verstanden wurden und schon gar nicht toleriert werden konnten.

Aus dieser Sicht ist auch das Verhalten von Volkspolizisten zur Wendezeit 1989 zu erklären, wenn sie zum Beispiel bei Demonstrationen gegen das Staatssystem der DDR aufgebrachten Bürgern gegenüberstanden, sie waren eben potentielle Feinde. Wobei diese Bürger, die für Freiheit, Recht und Demokratie mit den Füßen auf der Straße abstimmten, mit ihren Mitteln und Methoden dem polizeilichen Gegenüber auch nicht immer sehr wählerisch waren.

Gerade diese Wendezeit und die Zeit, als die DDR als Staat noch existent war, regte mich, meine Familie und meine Kollegen zu tiefem Nachdenken an. Es war aber auch eine schnellebige Zeit, viele Ereignisse überstürzten sich, z. B. die neugewonnene Reisefreiheit, die ersten Eindrücke von den Besuchen in der BRD, das Begrüßungsgeld und erste intensive Begegnungen mit Polizisten aus dem Nachbarstaat.

Wir haben uns als Vopos natürlich in diesen Prozeß eingebracht, Tausende von Visa mußten in Tag- und Nacharbeit den Bürgern übergeben werden, Grenzübergänge wurden (auch durch mich) eröffnet, die Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Bürger wurde geboren. Trotz der riesigen Arbeit war spürbar, daß die Fremdbestimmung der Volkspolizei

durch die Partei und die Gängelei durch das MfS weggefallen waren und eine langsame Zuwendung zur eigentlichen Polizeiarbeit vor sich ging.

Die Volkspolizei öffnete sich dem Bürger und machte Schluß mit der Geheimniskrämerei - ich erinnere mich an meine ersten öffentlichen Auftritte als Polizist, auch im damaligen Sachsenradio, als ich über Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung in einer Sendereihe wöchentlich sprechen konnte, weil mit der neugewonnenen Freiheit auch neue Formen der Kriminalität über uns gekommen waren. Es gab aber auch eine Reihe von Kollegen, die dieser Entwicklung nicht folgten und freiwillig die Reihen der Volkspolizei verließen.

In der späteren Folge wurden auch die anderen Kollegen zunächst befragt und durch die Gauck-Behörde überprüft, wie denn ihr Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit gewesen ist und welchen Anteil sie an dessen Arbeit hatten. Eine ganze Reihe von Volkspolizisten mußte ihren Dienst quittieren, weil sie entweder als „Inoffizielle Mitarbeiter“ tätig waren oder Bürgern in anderer Weise Schaden zugefügt hatten.

Dieser Prozeß ist bis heute noch nicht abgeschlossen und sorgt verständlicherweise sieben Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch für Unruhe. Förderlich ist dies für eine effiziente Dienstdurchführung keineswegs. Mit den Entlassungen ging auch ein Stück Fachkompetenz verloren.

Fortan wurden die Polizeidienststellen von Kollegen aus den „alten Bundesländern“ geführt. Nur ganz selten sind Kollegen in höheren Positionen meine Landsleute, also Sachsen. Jeder kann sich vorstellen, daß man sich erst einmal kennenlernen mußte. Bei dem einen ging der Annäherungsprozeß schnell und reibungslos vonstatten und man hatte bald eine gemeinsame Basis gefunden, bei anderen fand er gar nicht erst statt. Es „menschelt“ halt überall.

Bisher habe ich viele gute Polizisten kennengelernt, mit denen wir gemeinsam Dienst versehen, aber es gibt auch einige, die wären besser Polizeihauptmeister in ihrer Heimat geblieben.

Relativ schnell haben wir uns mit den neuen gesellschaftlichen Anforderungen, den Grundlagen der Polizeiarbeit, dem fachspezifischen Wissen vertraut gemacht. Es war und ist ein angestrebter Lernprozeß, bei dem uns viele Helfer mit Rat und Tat zur Seite standen. Ohne sie hätten wir den Umstellungsprozeß nicht so schnell vollziehen können.

Dabei haben mir die IPA und die Arbeit mit und in der IPA sehr viel geholfen. Eigentlich ist der Integrationsprozeß vom Volkspolizisten zum Polizeibeamten gelebte IPA. Freundschaft, Hilfe und Unterstützung überall dort, wo sie vonnöten war und ist. Ich fühle mich ganz einfach wohl in dieser Gemeinschaft, weil ich spüre, daß auch meine Kenntnisse und Erfahrungen gebraucht und vielfach auch genutzt werden. Wir sind aufeinander zugegangen und haben damit einen Prozeß der Erneuerung der Polizei in Gang gebracht.

Mir ist auch bewußt, daß wir erst am Anfang dieses Erneuerungsprozesses stehen, auch wenn schon mehr als sieben Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen sind. In der täglichen Arbeit merke ich ganz deutlich, daß das Ansehen der Polizei bei der Bevölkerung zugenommen hat.

Ich denke, daß die Polizei in Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern die neuen Möglichkeiten genutzt hat, um Vorbehalte sowie Mißtrauen gegenüber polizeilichem Handeln abzubauen. Die Sicherheitspartnerschaften waren erst der Anfang und sie wurden zum Maßstab, nicht nur der Wirksamkeit, sondern auch der demokratischen Offenheit und Ehrlichkeit des Verhaltens der Polizei gegenüber dem Bürger. Die Öffentlichkeit hat ein feines Gespür dafür entwickelt, inwieweit wir uns selbst von früheren Verkrustungen freimachen und dem Bürger achtungsvoll als Partner begegnen. Dies gelingt uns zunehmend besser, ohne hier den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen. Ratschläge und Hinweise der Polizei (der sächsischen Polizei), so z. B. im Bereich der Prävention, werden gern von den Bürgern angenommen. Wenn sich allein im Regierungsbezirk Chemnitz über 15.000 Bürger im Jahre 1997 zu ihrem Schutz und zum Schutz ihres Eigentums beraten ließen, spricht dies doch eine deutliche Sprache.

Überall sind kriminalpräventive Gremien auf kommunaler Ebene entstanden, die die Zusammenarbeit Bürger - Polizei dokumentieren und enormen Einfluß auf das Sicherheitsgefühl der Bürger haben. Eine Aufklärungsquote von über 52 % spricht auch eine deutliche Sprache

Bei dem ohne Zweifel vollzogenen Wandel ist erkennbar: nicht alles Neue ist gänzlich neu, nicht alles Alte ist veraltet. Erneuerung bedeutet nicht, alles, was in fünfundvierzig Jahren gewachsen ist, über Bord zu werfen, sondern sinnvoll mit positiven Erfahrungen zu verknüpfen, denn die Fehler, die andere schon begangen haben, sollte man nicht wiederholen.

Volkspolizei mit falscher Geburtsurkunde?

von Jürgen Klös

Die Bezeichnung „Volkspolizei“ war in beiden deutschen Staaten ein fester Begriff für die Polizei der DDR. Man sprach hüben und drüben von „Vopos“ und außerhalb der DDR war man geneigt, fast alle uniformierten Staatsorgane jenseits von Mauer und Stacheldraht in einen Topf zu werfen. Westliche Benutzer der Interzonenautobahnen und der späteren Transitstrecken berichteten von ihren meist nicht sehr positiven Erlebnissen mit den „Vopos“, obwohl es sich bei den so bezeichneten fast stets um Grenzorgane handelte, die mit der Volkspolizei kaum etwas zu tun hatten.

In der DDR versuchte man, für die Volkspolizei eine Tradition zu begründen - aber seit wann gab es sie und wurde mit dem „Tag der Volkspolizei“ nicht etwas vorgetäuscht, was zumindest zeitlich nicht stimmte?

Der „Befehl Nr. 41 des Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern in der SBZ“ vom 12. Mai 1949, mitunterzeichnet vom damaligen Vizepräsidenten und späteren Stasi-Chef Erich Mielke, wurde wie folgt eingeleitet:

„Am 12. Mai 1945 erließ der erste Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Bersarin, den Befehl, zum 1. Juni 1945 zur Sicherung der sich entwickelnden demokratischen Ordnung und zum Schutze der Bevölkerung vor dem Verbrechen eine demokratische Polizei zu schaffen.

Damit ist der 1. Juni der Jahrestag der Gründung der Volkspolizei.

Aus Anlaß des 4. Jahrestages der Volkspolizei befehle ich:

Der 1. Juni wird zum Tag der Volkspolizei erklärt. Er ist alljährlich von der gesamten Volkspolizei in engster Verbundenheit mit den Werktätigen festlich zu begehen.“

Nun hatte man wieder einen „Tag der Polizei“ und es störte die Initiatoren wenig, daß die letzte Veranstaltung dieses Namens, damals allerdings noch unter dem NS-Regime und geprägt durch Polizisten, die für das Winterhilfswerk die Sammelbüchse schwangen, nur wenig mehr als ein halbes Jahrzehnt zurücklag.

Es war ganz einfach - der Befehl des Generalobersten Bersarin aus den ersten Nachkriegstagen zum Aufbau einer demokratischen Polizei in Berlin, womit natürlich das Gebiet von ganz Großberlin gemeint war, ist die „Geburts-urkunde der Deutschen Volks-polizei“, wie man in der „Geschichte der Deutschen Volkspolizei“, Band I (1945-1961) nachlesen kann.

Bersarin, der am 16. Juni 1945 tödlich verunglückte, hatte in seinem Befehl kein Wort von einer Volkspolizei gesagt. Sein Befehl galt natürlich auch für den Bereich der späteren Westsektoren. Bereits am 19. September 1945 erließ die Alliierte Kommandantur in Berlin mit ihrer BK/O (45) 105 Anordnungen für die Polizei in allen vier Sektoren der noch ungeteilten Stadt.

Der Begriff „Volkspolizei“ taucht erstmals in einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ vom 21. Juni 1945 auf. Dort schrieb Paul Markgraf, der erste Polizeipräsident im Nachkriegs-Berlin:

„Aus dem Volk für das Volk, das ist der Leitsatz für die neu aufgestellte Berliner Polizei. Das bedeutet:

1. daß bereits in der Auswahl der Polizeimänner der Wille zu einer wirklichen Volkspolizei zu erkennen sein muß. Dieser Aufgabe werden wir bei unserer Neuaufstellung gerecht und sorgen gleichzeitig dafür, daß keine faschistischen Elemente Unterschlupf bei uns finden;

2. daß diese Volkspolizei die Interessen des Volkes aller Schichten der ehrlich Schaffenden vertreten soll. Wir sind uns darüber im klaren, daß das einen Bruch mit sämtlichen früheren Traditionen bedeutet.“

Der ehemalige Wehrmachtsoffizier, der sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft dem Nationalkomitee Freies Deutschland anschloß, lag damit voll auf der Linie des KPD-Aufrufes vom 11. Juni 1945, der eine Polizei des Volkes im Sinne der Thesen Lenins forderte. Markgraf bekräftigte dies mit den Worten: „Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist die politische Haltung jedes einzelnen Angehörigen dieser Polizei, d.h. seine Erkenntnis, daß die Polizei nicht

das willenlose Werkzeug einer volksverachtenden Machthaberclique, sondern ein bewußtes, der Sache des Volkes dienendes wahrhaft demokratisches Organ wird.“

Rückblickend auf die gerade überwundene Zeit des NS-Regimes hatte diese Sätze zweifellos Berechtigung. Keiner allerdings konnte ahnen, wie schnell die Polizei wieder zu mißbrauchen war. Noch gehörten Begriffe wie „Antifaschistischer Schutzwall, Friedensgrenze, Staatsgrenze West, Republikflucht, Hausbuch“ nicht zum täglichen Sprachgebrauch. Außerdem war Markgraf selbst alles andere als ein lupenrein vorzeigbares Musterstück antifaschistischer Vergangenheit. 1910 in Berlin geboren war er zunächst einige Jahre als Bäcker in Westfalen tätig und ging dann 1931 zum 100.000-Mann-Heer. Er wurde während des Krieges Offizier und geriet 1943 bei Stalingrad als Oberleutnant und Ritterkreuzträger in Kriegsgefangenschaft.

Amtlich wurde die Bezeichnung Volkspolizei zunächst weder in Berlin noch in anderen Teilen der Sowjetischen Besatzungszone benutzt, wie zahlreiche Dokumente aus dieser Zeit beweisen. In Sachsen und Thüringen sprach man von der Landespolizei (siehe „Verordnung über das Polizeiwesen im Bundesland Sachsen“ vom 2.8.1946). Selbst Polizeipräsident Markgraf sah sich am 12. April 1947, vermutlich auf Druck der westlichen Besatzungsbehörden, veranlaßt, den Gebrauch der Bezeichnung „Volkspolizei“ im dienstlichen Verkehr grundsätzlich zu untersagen. Die Lizenz der SMA (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) aus dem Jahre 1947 wurde noch für eine Zeitschrift „Die Polizei“ erteilt, deren erste Ausgabe erschien dann aber im März 1948 im Verlag für Polizei-Fachliteratur in Berlin - Wilhelmsruh bereits unter dem Namen „Die Volkspolizei“.

Mit der Spaltung der Berliner Polizei setzte sich 1948 die Bezeichnung Volkspolizei für die Polizei im Ostsektor und im Bereich der späteren DDR mehr und mehr durch, nicht jedoch die angestrebte offizielle Abkürzung „VP“. Die Berliner in beiden Teilen der Stadt machten „Vopo“ daraus und die agitatorische Retourkutsche, die Angehörigen der Polizei in den Westsektoren nach dem damaligen Polizeipräsidenten Dr. Stumm als „Stupos“ zu bezeichnen, fand allenfalls in den linientreuen Presseorganen des Ostsektors ihren Niederschlag. Der Versuch zeigte aber, daß man über den Spitznamen der Volkspolizei, der schnell populär wurde, nicht sehr glücklich war.

Der „Tag der Volkspolizei“, zunächst auf den 1. Juni festgelegt, wurde im Laufe der Zeit wegen Terminüberschneidungen mit anderen Fest- und Gedenktagen in der DDR auf Anfang Juli verschoben. Immerhin gab es in der DDR rund 30 Festtage für die Angehörigen der unterschiedlichsten Berufsgruppen, angefangen vom „Tag des Werktätigen des Post- und Fernmeldewesens“ im Februar bis zum „Tag der Metallurgen“ im November.

In einer Grußadresse vom 1. Juli 1975 zum „Tag der Volkspolizei“ schrieb das Zentralkomitee der SED an die „Genossen Wachtmeister, Unterführer, Offiziere und Generale“:

„Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beglückwünscht Sie auf das herzlichste zum 30. Jahrestag der Deutschen Volkspolizei.

Das Entstehen und die Entwicklung der Volkspolizei sind untrennbar verbunden mit der Befreiung unseres Landes durch den historischen Sieg des Sowjetvolkes und seiner ruhmreichen Armee über den Hitlerfaschismus. Die von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse geeinten und geführten Kräfte nutzten die historische Chance, unser Volk auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu führen. Die Volkspolizei wurde vor 30 Jahren als Schutz- und Sicherheitsorgan für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft geschaffen.

Im Kampf gegen konterrevolutionäre Umtriebe und Anschläge der Feinde des Sozialismus, gegen die Kriminalität und andere Rechtsverletzungen haben sich die Volkspolizisten seither in vielen komplizierten Situationen durch hohe politische Reife, Standhaftigkeit und Mut, Einsatzbereitschaft und schöpferische Aktivität bewährt.

Fest verwurzelt in der Arbeiterklasse, erwiesen sie sich der Sache unserer marxistisch-leninistischen Partei, der brüderlichen Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Völkern der sozialistischen Staatengemeinschaft jederzeit treu ergeben.“

Markgraf forderte 1945 von der künftigen Volkspolizei, zu einem der Sache des Volkes dienenden wahrhaft demokratischen Organ zu werden. Im SED-Grußwort ist vom Volk kaum noch die Rede, dafür mehr vom „Schutzorgan für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft“, von „der Sache unserer marxistisch-leninistischen Partei“ und vom „Kampf gegen konterrevolutionäre Umtriebe“. War die Volkspolizei nun ihrerseits zum Werkzeug einer „volksverachtenden Machthaberclique“ geworden, wie es Markgraf für die Zukunft eigentlich ausschließen wollte?

Der eingangs zitierte „Befehl Nr. 41 des Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern in der SBZ“ vom Mai 1949, mit dem der „Tag der Volkspolizei“ eingeführt wurde, berief sich auf den Bersarin - Befehl 1945 als Geburtsstunde der Volkspolizei.

Genau das aber war der Bersarin - Befehl keinesfalls. Er war viel-mehr die Geburtsurkunde der Polizei im Nachkriegs-Berlin und zwar der Polizei in der ganzen Stadt, die ihre Arbeit in der sowjetisch besetzten Stadt aufnahm und dann in der Vier-Sektoren-Stadt fortsetzte.

Daß es heute wieder nur ein Deutschland, nur eine ungeteilte Stadt Berlin und nur eine Polizei in ihr gibt, haben wir wohl in erster Linie dem in der Grußbotschaft von 1975 - und nicht nur dort - vom Zentralkomitee der SED so völlig vergessenen Volk zu verdanken.

Quellen:

Berliner Zeitung, 21.6.1945

Berlin-ABC, Berlin 1968

125 Jahre Schutzmannschaft Berlin, Verlag Haupt & Kostka, Berlin 1973

Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Band I (1945-1961) und Band II (1962-1975), VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1979 und 1983

DDR-Handbuch, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985

IPA aktuell, Heft 5/90, Wiesbaden 1990

Die Berliner Polizei 1945-1992, Berlin-Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin 1993

Merkblatt der Polizei des Landes Oldenburg 1946:

Verhalten der Polizeibeamten gegenüber dem Publikum

Kein Polizeibeamter kann seinen Dienst erfolgreich durchführen, wenn er nicht in der Lage ist, die Achtung, Wertschätzung und Mitarbeit der Bevölkerung sicherzustellen. Es wird daher jedem Polizeibeamten, ohne Rücksicht auf Dienstgrad, befohlen, sich langmütiger Geduld und Höflichkeit zu befleißigen. Sicheres Auftreten bei der Ausübung des Dienstes ist erforderlich. Grobheiten, Grausamkeiten, rauhes Benehmen sind verboten und werden streng bestraft, Die höheren Offiziere der Polizei sollen nicht nur ein höfliches und verbindliches Benehmen an den Tag legen, sondern bei allen Gelegenheiten versuchen, ihren Untergebenen einzuprägen, daß sie der Bevölkerung bei Ausübung ihres Dienstes so wenig wie möglich Unannehmlichkeiten bereiten.

Oldenburg, den 12. April 1946

Der Chef der Polizei
Land Oldenburg

Berufs- und Lebenswahrheiten

1. Dein Amt unparteiisch, nach bestem Wissen und Können zu verwalten und die Verfassung gewissenhaft zu beachten, muß oberster Grundsatz im beruflichen Leben sein. Denke stets daran, daß du diese Absicht durch einen Eid oder Verpflichtung beteuert hast. Du stehst zum Staat in einem Treueverhältnis. Halte ihm die Treue und betrachte den Staat nicht nur als deinen Arbeitgeber!
2. Tugenden, die man von jedem ordentlichen Menschen verlangt, mußst du in besonderem Maße besitzen, hüten und pflegen, sonst fehlt dir die Eignung und den Bürgern die Achtung vor dir. Diese allgemeinen Tugenden sind: Heimatliebe, Ehrfurcht, Wahrhaftigkeit, Treue, Pflichtgefühl, Unbestechlichkeit, Takt, Anstand, Höflichkeit. Sauberkeit, Sparsamkeit und Pünktlichkeit.
3. Du bist als öffentlich erkennbarer Träger staatlicher Hoheitsrechte stets der Kritik ausgesetzt; gleichgültig, ob du in oder außer Dienst bist, in Uniform oder Zivil. Daher laß dich nie gehen. Nur, wer sich selbst bezwingt, kann über andere gebieten!
4. Richte dich nie nach dem, was die Leute sagen, sondern handle so, wie Pflicht, Überlegung, verständnisvolle Anwendung der Gesetze oder Vorgesetzte dir vorschreiben!
5. Sei im persönlichen Leben zurückhaltend. Je bekannter du bist, desto mehr wird über dich gesprochen, desto mehr Schwierigkeiten bereitest du dir im Polizeidienst. Deine Arbeit liegt in der Förderung des Volkswohls und der Festigung der Staatsautorität durch Erfüllung deines vielseitigen Berufes, nicht im Aufspielen oder der Sucht nach einem öffentlichen Hervortreten. Durch schlichte, kraftvolle Arbeit gewinnst du an Hochachtung.
6. Es ist dir verboten, Mitglied einer politischen Partei zu sein, dich in Uniform oder in Zivilkleidung parteipolitisch zu betätigen. Tue Dienst der Allgemeinheit, ohne Unterschied des Standes, der politischen Partei, der Konfession, der Nationalität. Diesen Grundsatz mußst du bei allen Handlungen hochhalten.
7. Achte die Eigenart, berücksichtige die Lebens- und Umgangsformen eines jeden Menschen, um so leichter und williger folgt man deinen Anordnungen.
8. Daher mußst du dich mit den Besonderheiten der einzelnen Volksschichten bekannt machen, mußst Verständnis für die verschiedenen Lebensanschauungen, Nöte und Sorgen aufbringen, nimm dich besonders der Hilflosen, Blinden, Krüppel, Kinder und Greise an!
9. Nur eine gute Allgemeinbildung befähigt dich, das Wirtschafts- und Volksleben zu verstehen. In keinem Berufe findest du so leicht und ohne Kosten Weiterbildungsmöglichkeiten; nutze sie aus, später bereust du es sonst. Wissen ist Macht, Gesetzeskenntnis und Verständnis Vorbedingung für polizeiliches Können.
10. Nur wer Gesetze und Dienstvorschriften kennt, kann sicher auftreten. Wenn du zudem Straffheit, umsichtiges Wesen mit Höflichkeit vereinigt, beugst du strafbaren Handlungen vor und erfüllst eine Hauptaufgabe der Polizei!
11. Laß dich nie zum Zorne reizen; nur der Besonnene ist stets der Überlegene. Beginne die Amtshandlungen mit einem korrekten Gruße, auch wenn der Bürger nicht zuerst begrüßt hat, denn Höflichkeit entwaffnet, außerdem erziehst du den Bürger zur Höflichkeit. Vollziehe die Amtshandlung kurz, aber erschöpfend. Privatverhandlungen oder Unterhaltungen schädigen deine Autorität, du rufst den Eindruck hervor, als ob die Polizei nichts zu tun habe und müßig spazieren gehe oder stehe. Erteile nicht Auskunft in übertriebener Redeweise, unterlasse das Reden mit Händen und Füßen, dadurch rufst du einen schlechten Eindruck hervor. Mische dich in dienstlicher Eigenschaft nicht in Privatangelegenheiten ein, vermeide es auch, in privaten oder zivilen Streitsachen als Ratgeber mitzuwirken.
- Gehe nie auf die Straße, ohne vorher deine Uniform auf guten Sitz und Sauberkeit geprüft zu haben. Du stehst nie als einzelner auf der Straße, sondern als Vertreter eines großen Volkskörpers, dessen Wert nach deinem Auftreten beurteilt wird.
13. Schone deine Dienstsachen. Sei ein getreuer Haushalter!
14. Es verträgt sich nicht mit dem Ernst deines Berufes, als „Geck“ glänzen zu wollen; trage schlichte und ordentliche Kleidung, trage keine Künstlerfrisur, habe stets saubere Hände und Nägel.
- Wenn du Ordnungssinn bei anderen pflegen willst, mußst du selbst Ordnung üben können.
15. Teile dein Geld ein, sonst kommst du nie aus. Kaufe erst, wenn du das nötige Geld dafür hast. Lasse dich nicht durch

lockende Anpreisungen oder deine eigene Eitelkeit zu Käufen auf Teilzahlungen verleiten. Mancher hat es hinterher bereut.

16. Meide leichtsinnige Gesellschaft, sie schadet deinem Rufe, deinen Kameraden, der gesamten Polizei.

17. Schließe dich tüchtigen Kameraden, nur edle Ziele pflegenden Vereinen an. Treue Kameradschaft besteht nicht in gegenseitiger Anregung zum Genußleben, sondern im selbstlosen gegenseitigen Sichfördern, gemeinsamem Abschleifen der Schwächen, opferbereiter Hilfsbereitschaft.

In keinem anderen Berufe bietet sich soviel Gelegenheit, Kameradschaft zu erweisen. Der Grad derselben ist ein Zeichen für den Geist des Polizeikörpers.

18. Schenke niemals Mißvergnügen dein Ohr, heimlicher Neid und Ärger fressen immer weiter, rauben dir schließlich Lebens- und Berufsfreude, hemmen deine Arbeitskraft. Lebens- und Berufsfreude sollst du pflegen.

Sprich dich aus mit erfahrenen, älteren, ruhigdenkenden Menschen, wende dich vertrauensvoll an deine zuständigen Vorgesetzten.

19. Betrittst du eine Wirtschaft, so sei dort nicht Wortführer, spricht nicht vom Dienst, stehe nicht an der Theke, laß das Rundetrinken, das Ausspielen, schließe dich nicht unbekanntem oder übelbeurteilten Personen im Gespräch an. Bezahle sofort deine Getränke, laß dich nicht freihalten. Zeige bei allein Frohsinn ein gemessenes Wesen.

20. Dienstliche Angelegenheiten hast du mit keinem Außenstehenden zu besprechen. Laß dich nicht durch Eitelkeit, Wichtigtuerei zur Geschwätzigkeit verleiten, du verletzt sonst die Pflicht der Amtsverschwiegenheit. Führe nie auf der Straßenbahn, im Omnibus das Wort.

21. Besuche niemals in Uniform öffentliche Tanzlokale, betritt niemals eine Wirtschaft im Tschako oder während des Dienstes aus persönlichen Gründen!

22. Du siehst jeden Tag die Folgen der Unmäßigkeit, schreitest sogar dagegen ein, da dürfte es ein Unding sein, selbst unmäßig zu sein. Schulden, Strafen, Herabminderung der Arbeitskraft, unbesonnenes Verhalten, ja Verlust deines Berufes sind oft die Folgen.

23. Wenn du nicht beaufsichtigt wirst, so habe den Stolz, besonders treu zu sein. Nur wer im geringsten treu ist, wird es zu etwas bringen. Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen.

24. Besonders bei Wirtschaftsrevisionen, Geschäftskontrollen bleibe fest. Die Annahme der kleinsten Geschenke, auch auf Umwegen, z. B. durch die Angehörigen, macht dich unsicher im Auftreten, bringt dich für immer in Abhängigkeit zum Geber. Nur mit Genehmigung deiner Vorgesetzten nimm Geschenke an. Du erringst dir Achtung durch ein fleckenloses Verhalten und erleichterst dir dein Amt!

25. Beim Zusammentreffen mit anderen uniformierten Beamten usw., z. B. Post, Eisenbahn, Zoll, Justiz, Gefängnis, Forst und Feuerwehr, sei zuvorkommend und unterstütze sie in jeder Hinsicht. Jeder ist zur gegenseitigen rücksichtsvollen Achtung verpflichtet. Dein dienstliches Einschreiten gegen Beamte muß schnell, korrekt, geräuschlos sein. Laß alles polternde Wesen, vermeide schmutzige oder verletzende Ausdrücke, dadurch reizt du zum Zorne, rufst Widerstand hervor.

26. Erziehe dich selbst im Geist der Ehrlichkeit und Verantwortung. Sei wahrheitsliebend! Suche auch nie deine Kameradschaft dadurch zu zeigen, daß du die Unwahrheit sagst, um begangene Fehler oder Unterlassungen zu beschönigen. Arbeite unter dem Gesichtspunkte höchster sittlicher Verantwortung.

27. Gehe den geraden Weg der Pflicht. Vermeide Anträge! Lerne polizeilich Sehen, Hören, Handeln. Sei hilfsbereit, aber nicht kriechend! So wichtig und unentbehrlich Berufswissen ist, so einseitig ist eine reine Wissenspflege, sie muß aber der Ausführung deines Berufes, der Erweiterung deines Könnens und der Erziehung deiner Kameraden und

Berufsfreude

Das nebenstehende Merkblatt wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gedruckt und Pate standen die Erfahrungen der Hitlerzeit und die Intentionen der britischen Besatzungsmacht, demokratisches Denken und Handeln auch - oder gerade - in der Polizei zu verankern.

Viele dieser Berufs- und Lebenswahrheiten scheinen heute antiquiert, sind von der Entwicklung der letzten fünf Jahrzehnte überholt und unter den Tisch gefallen, leider auch manche der unter Punkt 2 geforderten Tugenden.

„Lebens- und Berufsfreude sollst du pflegen“ (Punkt 18) oder „In keinem Berufe findest du so leicht und ohne Kosten Weiterbildungsmöglichkeiten“ (Punkt 11) - wer hört das heute noch gern? Unzufriedenheit ist angesagt und wer nicht sauer ist, lebt offenbar falsch.

Unsere Leistungsgesellschaft ist zu einer Forderungsgesellschaft verkommen und alle wollen vom Kuchen ein größeres Stück. Merkt eigentlich keiner, daß der Kuchen längst gegessen ist? 1946, bei Hunger und Mangel in allen Lebensbereichen, wurde von Berufsfreude gesprochen. Berufszufriedenheit ist ein Stück Lebensqualität, auf das man sich gerade heute wieder mehr besinnen sollte.

Jürgen Klös

Untergebenen zugute kommen.

28. Sei taktvoll und höflich den Angehörigen der britischen Wehrmacht gegenüber. Habe Vertrauen zu den PSO's*). Sie wollen dir ein Helfer und Berater sein.

*) PSO = Public Safety Officer, zur Polizeiaufsicht eingesetzte Militäranghörige in der Britischen Besatzungszone